

Fritz Behrens' Konzept einer „sozialistischen Warenproduktion“, seine Kritik am Staatssozialismus und ihre Relevanz für die Gegenwart

Anneliese Braun

Nach der Implosion des Staatssozialismus könnte gefragt werden, ob sich mit ihm nicht auch das Problem einer „sozialistischen Warenproduktion“ erledigt habe. Dem ist nicht so. Die Entwicklung von Warenbeziehungen sowie die Frage nach der Notwendigkeit und den Möglichkeiten ihrer Aufhebung bleiben ein zentrales Problem emanzipatorischer Bewegungen, wenngleich sich dieses Problem heute auch anders darstellt als im Staatssozialismus. Deshalb sind, ungeachtet dessen Untergangs, die Erfahrungen aus Experimenten mit „sozialistischer Warenproduktion“ nützlich und ihre theoretischen Grundlagen aufschlussreich. Die Beschäftigung mit den Vorstellungen des DDR-Politökonomen Fritz Behrens (1909-1980), eines der geistigen Väter der „sozialistischen Warenproduktion“, bleibt aktuell.

1. Realsozialismus ist kein Sozialismus

Fritz Behrens sah im „real existierenden Sozialismus“ konsequent *keinen Sozialismus*, sondern fasste ihn als eine Abart der kapitalistischen Gesellschaft auf: als Formation, die „den Kapitalismus ablöste, nachdem er nicht durch den Sozialismus abgelöst worden ist“.¹ „Ein nicht- oder undemokratischer Sozialismus ist überhaupt kein Sozialismus“, schrieb er.² Behrens zufolge kann der Realsozialismus weder als eine Despotie charakterisiert werden, noch als eine zwar deformierte, aber zu reformierende Arbeiter-und-Bauern-Macht. Er sei eine Variante des modernen Staatsmonopolismus, und zwar eine „linke“ Variante. Sozialistischen Staatsmonopolismus, eben *Staatssozialismus*, begriff Behrens als eine „bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau“.³ Die Herrschaft der Bürokratie erklärte er mit dem staatlichen Eigentum an Produktionsmitteln.⁴

Behrens wandte sich damit ausdrücklich gegen eine Gleichsetzung von staatlichem Eigentum mit Sozialismus. Staatliches Eigentum findet sich seiner Meinung nach in verschiedenen Produktionsverhältnissen, etwa in den „despotischen Produktionsverhältnisse[n] des real existierenden Sozialismus“ oder in

1 Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Hrsg. von Hannamaria Loschinski u. a., Berlin 1992, S.34. Das Folgende konzentriert sich auf diese letzte Arbeit von Behrens.

2 Behrens, Abschied, S.134.

3 Ebenda, S.35.

4 Siehe ebenda, S.37f.

„genossenschaftliche[n] Produktionsverhältnisse[n], wenn der Staat seine Verfügungsrechte an Produzentenkollektive überträgt“.⁵

Außerdem bestand Behrens darauf: „Der real existierende Sozialismus ist keine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus bzw. gar schon Kommunismus, sondern eine selbständige gesellschaftliche Formation.“⁶

Die wirkliche sozialistische Alternative bestand Behrens zufolge gewissermaßen in einem Mittelweg: Demokratie verwirklichen, individuelle Freiheit erweitern, Wohlstand entwickeln, wenngleich weder Herrschaft, noch Staat, noch Warenbeziehungen ganz überwunden werden. Denn: „Unsere Erfahrungen machen es unwahrscheinlich, daß eine herrschaftsfreie Gesellschaft möglich ist, wohl aber eine solche der demokratischen Herrschaft einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft.“⁷ Behrens schrieb: „Herrschaft ohne Zwang ist nicht möglich, wenn die individuelle Freiheit im Interesse der Freiheit anderer eingeschränkt werden muß, bei despotischer Herrschaft im Interesse der Freiheit der Herrschenden, bei demokratischer im Interesse anderer – gesellschaftlich gleicher – Individuen.“⁸

Fritz Behrens' letztes, posthum erschienenes Buch, dem diese Gedanken entnommen sind, entstand in den Jahren 1976 bis 1980 in versteckt gehaltenen Aufsätzen und trug den Titel „Abschied von der sozialen Utopie“. Es war das Ergebnis von unterschiedlich angesetzten Überlegungen; in ihm steckte eine „konkrete Utopie“ im eigentlichen Sinne des Wortes. Behrens hatte versucht, von seinen Erfahrungen im Staatssozialismus ausgehend, Voraussetzungen zu beschreiben, die, seinem Verständnis von Sozialismus entsprechend, faktisch zur Lösung der Triebkraftproblematik führen sollten, welche im Staatssozialismus ungelöst geblieben war. Hierbei sah er sich vor die Aufgabe gestellt, Triebkräfte aus seinem Sozialismusmodell heraus zu entwickeln, das die sogenannte „höhere Phase des Kommunismus“ als eine Illusion ansah.⁹ Zugleich verneinte Behrens

5 Ebenda.

6 Ebenda, S.38.

7 Ebenda, S.103.

8 Ebenda, S.32.

9 Tatsächlich wurde die „höhere Phase des Kommunismus“ als aktuelle Aufgabe auch von der parteioffiziellen Politik schon nicht mehr als realistisch angesehen. Das äußerte sich in der Proklamation des „realen“ oder „real existierenden Sozialismus“ als „relativ selbständiger gesellschaftlicher Formation“ (so in der Rede Walter Ulbrichts auf der Internationalen wissenschaftlichen Session „100 Jahre ‚Das Kapital‘“, 12./13.9.1967, in Berlin). Gemeint war, dass der Übergang zur „höheren Phase des Kommunismus“ einen sehr langen Prozess darstellt. Letzterer ist aber aus Sicht einer mechanisch angewendeten Formationstheorie nicht erklärbar. Vor allem aber bedeutete die offizielle Einführung des Begriffs „realer Sozialismus“ die faktische Absage nicht nur an die unmittelbare Vorbereitung des Kommunismus, sondern gleichsam an die Herausbildung von spezifischen Entwicklungstriebkräften des Sozialismus-Kommunismus, die eigentlich nur aus der formationstheoretischen Zusammengehörigkeit beider heraus zu begreifen ist. Somit beraubte sich der Staatssozialismus, indem er sich in eine „selbständige Formation“ verwandelte, selbst seiner Zukunft.

die Triebkräfte der kapitalistischen Warenwirtschaft als im Sozialismus brauchbar. Die Problematik einer „sozialistischen Warenproduktion“ sah er in der Frage auf den Punkt gebracht, „wie in einer nicht mehr national oder gar nur territorial beschränkten Wirtschaft einer *Selbstverwaltungsgesellschaft* der Wert noch mit seinen Kategorien wirkt, ohne daß er als eine fremde – den Produzenten entfremdete – Macht herrscht“.¹⁰

Eine Antwort suchte Behrens in der Rückführung von Warenbeziehungen auf quasi „natürliche“ Wertverhältnisse, die unter demokratisierten, pluralistischen Beziehungen individuelle Freiheit sichern sollten. Seine Idee kulminierte in der Integration dieser Wertverhältnisse in den gemeinschaftlichen, pluralistischen, zentralen Plan.

In der für Behrens entscheidenden Frage der Aufhebung der Arbeitskraft als Ware entwickelte er eine ganze Reihe von Voraussetzungen, die erfüllt sein müssten, damit von einer „sozialistischen Warenproduktion“ gesprochen werden könne. Damit ging er in seinen späten Lebensjahren über sein ursprüngliches Anliegen¹¹ hinaus, adäquate Warenbeziehungen in die Wirtschaft des Staatssozialismus implantieren zu wollen.

Behrens' Bemerkungen zur „sozialistischen Warenproduktion“ unterscheiden sich also von Positionen, die er in seiner Studie „Ware, Wert und Wertgesetz“ (Berlin 1961) vertreten hatte. Der späte Behrens kam zu dem Schluss, dass eine Aufhebung der Arbeitskraft als Ware letztendlich bedeute, den Staatssozialismus zu überschreiten. Auch die Vorstellungen über Wirtschaftsreformen im Rahmen des Staatssozialismus, die er zuvor im Grundsatz geteilt hatte, legte er ad acta. Letztendlich zog er damit die Konsequenz aus seiner Erkenntnis, Staatssozialismus sei „Nicht-Sozialismus“. „Die Geschichte führte nicht zu einer sozialistischen Gesellschaft, sie führte kraft der Ökonomie zum Staatsmonopolismus!“, schrieb er zum aktuellen Zustand der Staatssozialismen.¹² Mit der „sozialistischen Warenproduktion“ versuchte er, die offene Frage nach der Spezifik einer wirklich sozialistischen Wirtschaft zu beantworten. Er prognostizierte, dass im Gefolge einer Demokratisierung der Gesellschaft und Wirtschaft, insbesondere der Aufteilung des Staatseigentums an Produktionsmitteln auf die Produzentenkollektive (womit das Produktionsmittel-Eigentum wieder „Arbeitseigentum“ würde und die Arbeitskraft ihren Warencharakter verlöre) eine „sozialistische Warenproduktion“ entstehen würde, in der die Warenbeziehungen zu transparenten Beziehungen würden. Die „Wertverhältnisse“ würden der „Gleichheit“ (als gesellschaftlichem Verhältnis) und der „individuellen Freiheit“ untergeord-

10 Behrens, Abschied, S.144, Hervorhebung durch die Vf.

11 Siehe Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: *Wirtschaftswissenschaft* (Berlin) 5 (1957) Sonderh. 3 (Zur ökonomischen Theorie und Praxis in der Übergangsperiode), S.105-140; siehe auch Arne Benary: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode in: ebenda, S.62-94.

12 Behrens, Abschied, S.36.

net, der gemeinschaftliche, nicht-staatliche, zentrale Plan würde als faktischer Regulator dieser „Wertverhältnisse“ fungieren.

2. Behrens und das NÖS

Behrens' Vorstellungen von Warenproduktion im Sozialismus durchliefen also einen Entwicklungsprozess.

Zusammen mit Arne Benary hatte er zunächst die Kritik an der nicht adäquaten Berücksichtigung von Warenbeziehungen im Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts in den Vordergrund gestellt.¹³ Der Politökonom unterstützte die Vorstellungen des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS). Doch obgleich später angenommen wurde, Behrens' These sei, wie es Helmut Koziolk formuliert, in modifizierter Form „zum Kern der Ausarbeitung des NÖS“ geworden,¹⁴ stimmten Behrens' Auffassungen mit den neuen Regelungen wohl mehr bezüglich einiger allgemeiner Forderungen überein, wie mit der nach stärkerer materieller Interessiertheit für Werktätige und Betriebe sowie nach mehr Selbstständigkeit der Produktionseinheiten und damit nach besserer Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen. Zugleich bestanden unterschiedliche Auffassungen über die wirtschaftliche Rechnungsführung, hinter denen sich ein Dissens in Grundfragen versteckte.

Zutreffender formulierte Uwe-Jens Heuer den Beitrag Behrens' zum NÖS: „Dieses neue ökonomische System nahm unzweifelhaft wesentliche Punkte der Argumentation von Behrens auf.“¹⁵ Auf den Vortrag Behrens' von 1965 „Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft“ vor der Akademie der Wissenschaften eingehend, erinnerte Heuer daran, dass Behrens im NÖS die „Herausbildung des typischen Modells der sozialistischen Wirtschaft“ sah, „nachdem die ungünstigen historischen Bedingungen bei der Entstehung des Sozialismus ihre Wirkung allmählich verlieren“ würden.¹⁶ Das heißt, Züge einer Zentralverwaltungswirtschaft und einer Kriegswirtschaft waren nach Behrens' Meinung zunächst historisch bedingt und daher überwindbar. Jetzt nun würden zentrale Entscheidungen vorwiegend mit Hilfe ökonomischer Methoden durchgesetzt werden müssen.

Wie wir heute wissen, wurden diese Hoffnungen nicht erfüllt. Das NÖS scheiterte bekanntlich an Inkonsequenzen, das heißt am Fehlen gleichfalls notwendiger Veränderungen in Politik und Gesamtgesellschaft. Zusätzlich entstehende äußere

13 Ebenda, S. 144.

14 Siehe Helmut Koziolk: Hat die politische Ökonomie des Sozialismus bleibende Erkenntnisse hinterlassen?, in: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): „Ich habe einige Dogmen angetastet...“. Werk und Wirken von Fritz Behrens, Beiträge des Vierten Walter-Markov-Kolloquiums, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999, S.68-72; hier S.71.

15 Uwe-Jens Heuer: Ist demokratischer Sozialismus möglich?, in: Müller/Neuhaus/Tesch, Dogmen, S.114-122; hier S.117.

16 Ebenda, S.117.

Schwierigkeiten trugen ebenfalls zum Scheitern dieser Wende in der DDR-Volkswirtschaft bei.

Wo lagen die Grenzen des NÖS-Konzepts? Es ging davon aus, die volkseigenen Betriebe würden als eigenverantwortliche Warenproduzenten ihre Investitionen selbst erwirtschaften. Aus heutiger Sicht war das jedoch im Rahmen des Staatssozialismus nicht möglich. Entweder hätte es zur allgemeinen Warenwirtschaft und damit zum Staatskapitalismus zurückgeführt oder es hätte emanzipatorisch über den Staatssozialismus hinausführen müssen. Im NÖS-Konzept wurde die Ökonomie isoliert und produktionszentriert betrachtet. Es gab Pläne zur stärkeren materiellen Interessiertheit der Betriebe am Gewinn, doch die waren in ihren Konsequenzen nicht bis ins Letzte durchdacht; der Weg zu sozialismusspezifischen Triebkräften blieb versperrt. Koziolk zufolge war das Geld nur „Plan-geld“: „Eine echte marktsozialistische Konzeption hätte [...] veränderte Eigentumsverhältnisse erfordert“,¹⁷ was Behrens wenig später in der Idee der Selbstverwaltung der Produzentenkollektive fixierte. Inkonsequent blieb im NÖS auch die Kategorie der volkswirtschaftlichen Effizienz konzipiert, denn so lange sie als „Gewinn“ gefasst wird, kann eine konsequente Effektivitätsorientierung nur zur Folge haben, dass erneut Warenbeziehungen als eine Form von Kapitalverwertung installiert würden.

Tatsächlich hatte das NÖS Behrens' Erwartungen an eine direkte Produzenten-selbstverwaltung nie im Auge gehabt. Es rührte die Abhängigkeit der Kombinate von der Zentrale nicht an. Die wirtschaftliche Rechnungsführung fungierte als Mittler zwischen zentraler Leitung und regionaler bzw. lokaler Wirtschaft und blieb Kern der NÖS-Beziehungen,¹⁸ ganz im Sinne von Lenins Vorstellungen, wonach Rechnungsführung und Kontrolle die wichtigste wirtschaftliche Aufgabe beim sozialistischen Aufbau seien.¹⁹ Das aber bedeutet, dass der Staat Funktionen übernimmt, die er gar nicht ausfüllen kann.

Behrens' Ideen zielten dagegen darauf, an die Stelle von ökonomischen Funktionen, die dem Staat nicht adäquat waren, Warenbeziehungen in einen gesellschaftlichen (zentralen) Plan zu integrieren, echte Verfügbarkeit der Produzentenkollektive durchzusetzen und damit eine wirkliche Produzentenselbstverwaltung zu ermöglichen.

Hier unterschied sich Behrens vom NÖS. In seinem letzten Buch schließlich sah Behrens die Wirtschaftsreformen auch nicht mehr als primäre Ansätze für einen Übergang zu dieser Selbstverwaltungsgesellschaft an. Der Weg zum „optimalen

17 Koziolk, *Ökonomie*, S.72.

18 Siehe ebenda, S.71.

19 Siehe W. I. Lenin: Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees. Rede zur Pressefrage. 4. (17.) November 1917, in: Werke, Bd. 26, S.279-287, hier S.283, 287; ders.: Sechs Thesen über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, S.306-309, hier S.307f.; ders.: Grundlegende Leitsätze zur Wirtschafts- und besonders zur Bankpolitik, in: ebenda, S.310f.; ders.: Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: ebenda, S.315-347, hier S.333; ders.: I. Gesamtrussischer Kongreß für außerschulische Bildung, 6.-19. Mai 1919, Begrüßungsrede. 6. Mai, in: Werke, Bd. 29, S.319-365, hier S.361f.

Kompromiß zwischen Gleichheit und Freiheit²⁰ führe nicht über Wirtschaftsreformen, sondern über eine „Strukturreform“ durch „Schaffung einer sozialistischen Demokratie: Produzentenselbstverwaltung als Basis echter Rätedemokratie“.²¹ Behrens zufolge blieb das NÖS innerhalb des Rahmens des „Realsozialismus“ als „Staatsmonopolismus“.

Aus heutiger Sicht ist das vielen verständlich. Karl Georg Zinn bringt die Problematik auf den Punkt: „Um die Effizienz und Innovationsfähigkeit zu erhöhen, wären Reformen notwendig gewesen, nämlich durch Einführung von Marktbeziehungen bzw. durch bewusste Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus; also Reformen, wie sie von Behrens und anderen propagiert worden waren. Nicht an ökonomischen Hindernissen, sondern am Demokratiedefizit des politischen Systems und den zementierten Machtstrukturen erstarb das Bemühen um die letztlich auch politisch überlebensnotwendige Wirtschaftsreform in der DDR. Genau besehen scheiterte der DDR-Staat an seiner Politik, und nicht umgekehrt die Politik an der Ökonomie.“²² „Das Wagnis einer radikalen Demokratisierung wurde nicht eingegangen“, formulierte Heuer.²³

3. Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft als Existenzbedingung einer „sozialistischen Warenproduktion“

Im Folgenden sollen Behrens' Vorstellungen von den erstrebenswerten Warenbeziehungen dargelegt werden, so wie er sie in seinem letzten Buch vertrat. Dabei sei vermerkt, dass sich Behrens selbst „des Provisoriums seiner Gedanken bewußt“ war.²⁴

Eine Demokratisierung gesellschaftlicher Zustände im Sozialismus als Grundvoraussetzung zu begreifen, „Kurzum: Nachhaltige Demokratisierung der Wirtschaft als ein[en] Prozeß der Veränderung vorhandener Kräftekonstellationen, dieser Weg zur Veränderung von Macht- und Eigentumsverhältnissen“, genau dies folgt den Intentionen von Fritz Behrens, erklärte Günter Krause 1999.²⁵

Bereits in den Artikeln von Behrens und Benary von 1957 waren die Vorstellungen über eine stärkere Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen zugunsten einer stärkeren materiellen Interessiertheit der Werk tätigen und der Betriebe mit jenen Ansätzen kombiniert, die ein Absterben des Staates meinten. Behrens und Benary versuchten mitzuteilen, dass eine adäquate Ausnutzung von Warenbeziehun-

20 Behrens, Abschied, S.55.

21 Ebenda.

22 Karl Georg Zinn: Behrens und Keynes. Von der radikalen Reform zur Transformation, in: Hans-Georg Draheim/Rolf Emmrich/Dieter Janke (Hrsg.): Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (=Reihe: Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, H. 18), Leipzig 2005, S.67-86, hier S.82f.

23 Heuer, Sozialismus, S.119.

24 Behrens, Abschied, S.171.

25 Günter Krause: Über Behrens' Beitrag zu einer Theorie alternativer Ökonomie, in: Draheim/Emmrich/Janke, Ökonomie, S.55-65, hier S.63.

gen Konsequenzen hat, die in Richtung eines demokratischen Sozialismus²⁶ gehen, also über den Staatssozialismus hinausweisen. Dies wäre unter zivilgesellschaftlichen Verhältnissen ein Beitrag für weiterführende Diskussionen gewesen. In praxi jedoch sahen die Vertreter der Macht den (Staats)Sozialismus in Gefahr und ließen nur eine Pseudo-Diskussion zu. Die Maßregelung von Behrens und Benary führt Heuer auf die Sprengkraft ihres demokratischen Ansatzes zurück.

1961 nahm Behrens seine These vom Absterben des Staates in der Übergangsperiode zurück. In „Abschied von der Utopie“ korrigierte er seine Auffassung ganz, wobei er die zentrale Bedeutung der „sozialistischen Warenproduktion“ gleich mit begrub: „Ich gehe heute davon aus, daß die Problematik einer ‚sozialistischen‘ Warenproduktion keine wesentliche Problematik ist, wenn man sie historisch betrachtet. Wesentlich ist die Frage, *wer* über die Macht verfügt, über die ökonomischen Entscheidungsbefugnisse und über das Recht zur Aneignung und Verteilung von Wertprodukt und Mehrprodukt.“²⁷

Jetzt ging ihm selbst Robert Havemann mit seinen Forderungen nach mehr Liberalität nicht weit genug. Behrens betonte: „Die Republik, verstanden als sozialistische Demokratie [...] erscheint heute wohl als einzig möglicher, letzter Kompromiß, der das Überleben der Gattung Mensch gestattet!“²⁸ Behrens sah daher Demokratisierung in Form pluralistischer Selbstverwaltungswirtschaft als einzig wirksames Korrektiv gegenüber dem Markt an. Seine 1967 in Frankfurt/Main gehaltene Rede enthielt den Grundgedanken: „Das Gruppeneigentum [ist ...] eine Form des gesellschaftlichen Eigentums, die dem Staatseigentum überlegen ist, wenn man es nicht [...] mit dem genossenschaftlichen Eigentum identifiziert, denn die Genossenschaft kann das Verfügungsrecht über die ihr gehörenden Produktionsmittel auch auf Gruppen delegieren, auf Produzentenkollektive, die der Gesellschaft gehörende Produktionsmittel in ihrem Auftrag selbst verwalten und auch ihr Wertprodukt selbst aneignen, es im Rahmen gesellschaftlicher Normative verteilen. [...] Unter dem Aspekt der *Entstaatlichung* der Wirtschaft [...] ist das Gruppeneigentum eine höhere Form des gesellschaftlichen Eigentums als das staatliche Eigentum.“²⁹

Hier bleibt zwar offen, wie Gruppeneigentum mit Reproduktionsverhältnissen außerhalb der Produktion und mit dem gesellschaftlichen Ganzen in Wechselverhältnisse tritt. Doch mit Demokratisierung als *Entstaatlichung* benannte Behrens eine wichtige Voraussetzung für ein Überschreiten des Staatssozialismus, die zugleich ein „Absterben der Demokratie“ (Engels) einleiten kann.

Die Forderung nach Demokratisierung für sich genommen sagt noch nichts aus über die Ziele, denen die Produktion generell untergeordnet ist. Sie lässt offen,

26 Hier muss erwähnt werden: Behrens selbst sah den Begriff „demokratischer Sozialismus“ als Pleonasmus an, denn ohne Demokratie gibt es keinen Sozialismus.

27 Behrens, Abschied, S.137.

28 Ebenda, S.14.

29 Fritz Behrens: Erste Fassung der Rede zum Colloquium „Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ‚Kapital‘“ in Frankfurt am Main im September 1967, in: Müller/Neuhaus/Tesch, Dogmen, S.135-141, hier S.140, Hervorhebung durch d. Vf.

was zu produzieren wäre und mit welchem Effekt. Eine wirkliche Alternative bietet erst die Umbewertung bzw. Umorientierung der Produktion auf allgemeine Freiheit und allgemeine Gleichheitlichkeit. Dafür entwickelte Behrens jedoch kein hinlängliches Gespür. Vielleicht stand derlei aus seiner Sicht auch außerhalb der Fragen, mit denen sich Ökonomie zu beschäftigen hat. Zumindest kritisierte Behrens Rudolf Bahro als illusionär, weil dieser über hierarchische Strukturen hinauswollte, die er aber wohlweislich auf „Sozialstruktur“ bezog. Bahro vergesse, dass Produktionsverhältnisse sowohl eine technisch-organisatorische als auch eine gesellschaftliche Seite besitzen, heißt es bei Behrens.³⁰

Wenngleich Behrens' Einwände gegen Bahro von einigen auch als in ökonomischer Sicht begründet angesehen werden,³¹ so unterlagen sie in dieser konkreten Frage wohl doch eher einem Missverständnis. Tatsächlich fußen Bahros Vorstellungen auf einer Überbewertung des Bewusstseins. Er hielt es für dominant gegenüber der Ökonomie bzw. Ökologie. Sein Buch „Die Alternative“ bezeichnete Bahro später selbst als „die Theorie der Perestroika von oben“.³² Die von Behrens gestellte Frage nach den sich selbst verwaltenden Produzenten hatte für Bahro eher eine nachgeordnete Bedeutung. Bahro setzte sich mit anderem auseinander, wie mit der Überwindung der Subalternität und der Aufhebung der alten Arbeitsteilung.³³ Ihm zufolge bestand die „Kardinalfrage der sozialistischen Demokratie“ darin: „Wie ist die ‚Versammlung‘ der ganzen Gesellschaft, aller Individuen über ihrem Reproduktionsprozeß möglich?“³⁴ Bei ihm war die Frage der Selbstverwaltung in den „Gesamtprozess der Reproduktion“ eingebunden. Er urteilte nicht aus der Perspektive partikularer kommunaler oder betrieblicher Einheiten, sondern sah die „Assoziation“ der Kommunen „unter dem Blickwinkel der *Organisation* des sozialen Zusammenhangs.“³⁵ Bahros Ideen ergänzten damit die von Behrens, was Bahro wahrscheinlich nicht einmal so gesehen hat.

Auch Behrens' Idee der „Selbstverwaltungsgesellschaft“ bot noch keine Lösung für eine pluralistisch organisierte Gesellschaft. Sie wäre weiter zu denken und zu gestalten gewesen. Gleichwohl bot sein Ideengebäude Anregungen. „In einer solchen Gesellschaft föderativer Kommunen wird es“, schrieb Behrens, „zumal wenn sie eine multinationale Föderation ist, eine Warenproduktion geben, in der die Wertformen, in erster Linie das Geld, für eine auf gemeinschaftlichem Eigentum beruhende gemeinschaftliche – nicht mehr staatliche – Planung ausgenutzt werden, ohne daß das Wertgesetz – und selbstverständlich nicht das Mehrwertgesetz – Produktion und Verteilung reguliert. Die gesellschaftlichen Verhältnisse

30 Siehe Behrens, Abschied, S.111.

31 Siehe Guntolf Herzberg/Kurt Seifert: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002, S.144.

32 Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Berlin 1990, S.548.

33 Siehe ebenda, S.522.

34 Ebenda, S.523.

35 Ebenda, S.526.

sind optimal transparent geworden, ohne daß die Entfremdung wohl gänzlich, die Ausbeutung dagegen völlig aufgehoben ist.“³⁶

4. Die Arbeitskraft ist keine Ware mehr

Ein Kerngedanke in Behrens' Auffassungen von einer „sozialistischen Warenproduktion“ bestand im Ausschluss der Arbeitskraft aus den Waren. „Das grundlegende Kriterium einer sozialistischen Produktionsweise ist [...] nicht die Aufhebung der Warenproduktion, sondern die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft!“, heißt es bei Behrens.³⁷ Dies bedeute, „daß die Produzenten selbst über ihre Produktionsmittel verfügen“ und „daß die Produzenten sich das Produkt ihrer Arbeit selbst aneignen und verteilen.“³⁸ Diese Bedingungen erfülle der „real existierende Sozialismus“ nicht. Grundsätzlich sei aber der Sozialismus dazu in der Lage, wenn er mindestens zwei Bedingungen erfülle: „Erstens muß auf der Grundlage des Gemeineigentums frei assoziierter Produzenten eine sich selbst verwaltende pluralistische Gesellschaft existieren, die die wie auch immer verschleierte zentralisierte Staatsmacht ersetzt durch Organe einer sozialistischen Demokratie, und zweitens darf eine solche pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft nicht national, ja nicht einmal territorial beschränkt sein, sondern muß universalen Charakter haben.“³⁹

Erst wenn diese Bedingungen erfüllt seien, könne man von einer „sozialistischen Warenproduktion“ sprechen. „Was die Warenproduktion betrifft, so wird es den Wert geben, aber er ist transparent geworden, erscheint als das, was er ist: vergegenständlichte menschliche Arbeit, die von den Produzenten verausgabt und von diesen auch wieder angeeignet wird.“⁴⁰ Die Arbeitskraft würde aufhören, Ware zu sein. „Das entstehende Kriterium für eine sozialistische Wirtschaft besteht einzig und allein darin, daß die menschliche Arbeitskraft ihren Warencharakter verloren hat, daß die Arbeitskraft keinen ‚Wert‘ mehr hat, obwohl der gesellschaftliche Produktionsprozeß immer noch Einheit ist von Arbeits- und Wertbildungsprozeß, aber der Wertbildungsprozeß kein Verwertungsprozeß mehr ist, weil das Eigentum an den Produktionsmitteln wieder Arbeitseigentum – Eigentum sich selbst verwaltender Produzenten – geworden ist.“⁴¹ Dabei sei „Arbeitseigentum“ so zu verstehen, „wie es vergleichsweise [...] in der einfachen Warenproduktion existierte.“⁴² Entfremdung sei dann zwar nicht vollständig aufgehoben („Die vollständige Aufhebung der Entfremdung ist keine Utopie, sondern eine Illusion“⁴³), aber ihre Reste seien optimal beeinflussbar geworden. Geld bliebe „als Maß qualitativ verschiedener Arbeiten“ bestehen und würde als „ein

36 Behrens, Abschied, S.103.

37 Ebenda, S.135.

38 Ebenda.

39 Ebenda, siehe auch S.144f.

40 Ebenda, S.135.

41 Ebenda, S.144.

42 Ebenda, S.176.

43 Ebenda, siehe auch S.178.

transparentes technisches Hilfsmittel der Wirtschaft“ fungieren.⁴⁴ Dies sah Behrens als Voraussetzungen für eine „sozialistische Planung“ an.⁴⁵

Behrens befreite also mit der Demokratisierung des Eigentums an Produktionsmitteln und der Herstellung eines „Arbeitseigentums“ an Produktionsmitteln gedanklich die Arbeitskraft von ihrem Warencharakter. Das galt für ihre Stellung in der Produktion. Zu fragen bleibt, ob dies eine hinreichende Bestimmung für eine Befreiung der Arbeitskraft aus ihrem Warencharakter darstellt. Denn hinter der Arbeitskraft als Ware stecken die für deren Reproduktion notwendigen materiellen Gebrauchswerte. Der Wert der Ware Arbeitskraft lässt ihre Träger, die Arbeitenden, sich immer nur als Arbeitskraft reproduzieren, nie als gleichgestellte und freie Menschen. Marx hatte zwar mit dem „historischen und moralischen Element“ des Wertes der Ware Arbeitskraft⁴⁶ Faktoren ins Spiel gebracht, die über die reine Arbeitskraft hinausgingen, aber diese Faktoren wirken ausschließlich im kapitalistischen Rahmen. Soll der Warencharakter der Arbeitskraft nachhaltig überwunden werden, müssten die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen generell nicht mehr über Warenbeziehungen befriedigt werden, patriarchalische Verhältnisse dürften nicht durch Warenbeziehungen ergänzt oder ersetzt, sondern müssten ebenfalls überwunden werden. Erst dies würde für Gleichstellung sowohl in der Produktion als auch in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens sorgen.

Behrens ging nicht so weit, sondern betrachtete ausschließlich die Produktions- und Austauschverhältnisse. Weitergehende Zusammenhänge schloss er offensichtlich als biologisch oder anthropologisch zu erklärende aus seinen modellhaften Überlegungen aus. Angesichts der hohen Dynamik und der Zunahme „fiktiver Waren“⁴⁷ im Zuge der tendenziell totalen Kommerzialisierung mit unübersehbar zerstörerischen Folgen für die Lebensgrundlagen der Menschheit kann heute von diesen weitergehenden Folgerungen nicht mehr abgesehen werden. Zugleich ging Behrens mit der Forderung nach Aufhebung der Arbeitskraft als Ware weit über bloße Forderungen nach einer Demokratisierung des Staatssozialismus hinaus. „Ohne eine Liquidierung der hierarchisch-elitären Struktur in Basis und Überbau und ihre – allmähliche – Ersetzung durch genossenschaftlich-egalitäre Strukturen werden auch die alten Herrschafts- und Knechtschaftsver-

44 Ebenda, S.162f.

45 Siehe ebenda, S.168.

46 Siehe Karl Max: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S.185f.

47 Unter „fiktiven Waren“ verstehe ich Existenzweisen und Leistungen, welche als Waren ge- und behandelt werden, für die aber die klassische Definition der Waren nicht zutrifft und die im Gegensatz zu diesen aus den in Preisen ausgedrückten Warenwerten/Warenerlösen grundsätzlich nicht nachhaltig reproduzierbar sind. Hier ist besonders auf die Arbeitskraft hinzuweisen sowie auf die unmittelbare Lebenskraft von Menschen, ihre „allgemeine Arbeit“ im Marxschen Sinne, sowie auf die äußere Natur. Deren nachhaltige Reproduktion hängt eben nicht allein und nicht in der Hauptsache davon ab, wie viel gesellschaftliche Arbeit für sie verausgabt wird, sondern davon, wie viel unmittelbare Lebenszeit durch die Lebenstätigkeiten geschaffen wird.

hältnisse nicht liquidiert“, schrieb er.⁴⁸ Er stellte sich damit der vorherrschenden offiziellen Meinung entgegen, dass die Arbeitskraft im Staatssozialismus bereits keine Ware mehr sei.

Letztendlich versteckt sich im Gedanken vom „Arbeitseigentum“ und von den „Wertverhältnissen“ der Selbstverwaltungsgesellschaft wieder ein Kompromiss. Es wird dadurch nicht tatsächlich ausgeschlossen, dass die Arbeitskraft wieder zur Ware werden kann. Behrens sah wohl die Möglichkeit nichtkapitalistischer Ausbeutungsformen, wie u. a. in der Beibehaltung patriarchalischer Ausbeutung, nicht. Zu fragen wäre auch, ob nicht zwischen den sich selbst verwaltenden Produzentenkollektiven ebenfalls Ausbeutungsbeziehungen entstehen könnten. In einzelnen Produzentenkollektiven könnte es immer wieder einmal einen größeren „Überfluss“ geben als in anderen Kollektiven, der dann auszutauschen wäre. So war die Aufhebung der Arbeitskraft als Ware bei Behrens durchaus nicht zu Ende gedacht. Er sah zudem die „Arbeit“ gewissermaßen als „natürliche“ Existenzweise an, nicht als gesellschaftliches Zwangsverhältnis, das gleichfalls aufzuheben wäre, wobei gleichgestellte Tätigkeiten aller zur notwendigen ganzheitlichen Reproduktion des Lebens bestehen blieben. Vielleicht zeigt sich aber in der vorrangigen Ausschließung der Arbeitskraft aus den Waren bei Behrens eine Ahnung davon, dass die Überwindung der Warenbeziehungen mit der Aufhebung von fiktiven Waren beginnen müsste, denn die Arbeitskraft ist ja eine fiktive Ware. Uns bleibt heute, diesen Ausschluss gedanklich weiter zu führen zu anderen fiktiven Waren, wie Naturressourcen und „allgemeiner Arbeit“.

5. Die Integration der Wertverhältnisse in die Planverhältnisse

Behrens' grundsätzliche Kritik am Realsozialismus war auf die kriegswirtschaftlichen Methoden und die „Zentralverwaltungswirtschaft“ bezogen, womit Behrens die von bürgerlichen Ökonomen am Realsozialismus geübte Kritik in diesen Teilen gelten ließ. Den Erfordernissen des „Gesetzes der Ökonomie der Zeit“ entsprechend, das Behrens als „Naturgesetz, das die Verteilung der Arbeit regelt“, ansah,⁴⁹ müsse sich „die widerspruchsvolle Einheit von Plan und Markt“ in der „sozialistischen Planwirtschaft“ im Sinne von Selbstverwaltungswirtschaft durchsetzen.

Behrens betonte, dass der „Markt“ dann in den „Plan“ integriert werde;⁵⁰ er stellte „Planverhältnisse“ als das „– regelnde – Grundgesetz der Produktion“ den „Wertverhältnissen“ gegenüber. „Planverhältnisse“ existieren dann, „wenn das – regelnde – Grundgesetz der Produktion der Plan ist“, ein „gesellschaftlicher Plan“, der „immer nur ein zentraler Plan sein“ kann, soll er gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse zum Ausdruck bringen. Er ist „indirekt-zentraler Plan von unten nach oben aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert“.⁵¹ Wesentlich sei, ob Wert-

48 Behrens, Abschied, S.149.

49 Ebenda, S.154.

50 Siehe ebenda, S.138.

51 Ebenda, S.157.

gesetz und Markt den gesamtgesellschaftlichen Plan beherrschen oder der Plan dem Wertgesetz dient.

Hier ist sicherlich unumstritten, dass in einer sozialistischen Gesellschaft Warenbeziehungen existieren, die sich entfalten müssen, weil man ihre Bedingungen nicht „überlisten“ kann. Das bedeutet, dass sie u. a. auch als aktive Kategorien in den Plan Eingang finden und mit ihm zusammenwirken müssen. Die im Realsozialismus verbreitete Gegenüberstellung von Plan und Markt beruhte letztendlich auf der (vielleicht sogar unbewussten) Voraussetzung, dass extensiver Produktionszuwachs weiterhin von ausschlaggebender Bedeutung bleibt. Nur auf dieser Basis ist zu verstehen, warum anstelle regulierender Warenbeziehungen die planmäßige Verteilung der Produktion trat. Während aber seit dem Frühkapitalismus mit den allgemeinen Warenbeziehungen die Kapitalverwertung zum Ziel wurde und als Triebkraft wirkte und wirkt, entwickelt Planmäßigkeit für sich keine inneren Antriebskräfte.

Friedrich Engels genügte noch ein Hinweis auf Planmäßigkeit, war er doch der Auffassung, dass die Produktivkräfte bereits den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entwachsen waren.⁵² Wie Aussagen von Engels im „Anti-Dühring“ zeigen, gründete seine Gegenüberstellung von Plan und Markt auf einer isolierten Betrachtung der Warenbeziehungen, allein als Instrument für die Verteilung von Arbeit und Produktion im Rahmen der Produktions- und Austauschweise.⁵³ Engels konstatierte zunächst die „naturwüchsige *planlose* Teilung der Arbeit, wie sie [im Mittelalter] in der ganzen Gesellschaft herrschte“ und „die *planmäßige* Teilung der Arbeit, wie sie in der einzelnen Fabrik organisiert war“.⁵⁴ Zu einer grundlegenden gesellschaftspolitischen Gesamtaussage wurde dieses Teilbild, als Engels es mit der These von der „*Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung*“⁵⁵ kombinierte. „Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung reproduziert sich als *Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft*.“⁵⁶ Daraus konstruierte Engels unter der Hand einen Regulationsmechanismus. Er bezeichnete die „Produktionsanarchie“ als „treibende Kraft“, welche „die unendliche Vervollkommnungsfähigkeit der Maschinen der großen Industrie in ein Zwangsgebot verwandelt“, und zwar „für jeden einzelnen industriellen Kapitalisten“.⁵⁷

Engels verwechselte hier Profitstreben und dessen Wege mit der Art und Weise, wie diese in der Konkurrenz aufeinandertreffen, und formulierte als Voraussetzung für Post-Kapitalismus die „Besitzergreifung der Produktionsmittel durch

52 Siehe Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), in: MEW, Bd. 20, S.5-303, hier S.257f.

53 Siehe ebenda, S.251, 261, 264, 276.

54 Ebenda, S.251.

55 Ebenda, S.252.

56 Ebenda, S.255.

57 Ebenda.

die Gesellschaft“.⁵⁸ Folglich mussten auch die Entwicklungstriebkräfte aus der Produktionsweise kommen.⁵⁹ Das aber setzte gedanklich eine immer währende Knappheit an notwendigen Mitteln zum Leben voraus und stand im Widerspruch zu den utopischen Vorstellungen von Marx und Engels über Gleichheit und Freiheit in einer höheren Phase des Kommunismus.

In Wirklichkeit aber bilden „Plan“ und „Markt“ keine Gegenpole. Gegenpole sind „Markt“ und „Selbstorganisation“ (gleichheitliche und freiheitliche Selbstorganisation). Behrens übernahm die Vorstellung von „Markt“ und „Plan“ als Gegenpole und blieb damit faktisch bei der Engelsschen Regulationsweise stehen. Dass die sich aber nur in Verbindung mit dem, was reguliert werden soll, herausbilden kann (denn das Ziel des Wirtschaftens – richtiger: der Gesellschaft – bestimmt die Art und Weise der Regulation), übersah er.

Aus heutiger Sicht kann davon ausgegangen werden, dass Planung im Vergleich zu den Warenbeziehungen kein gesellschaftliches Verhältnis im Marxschen Sinne darstellt. Sie gehört zu den Organisationsprinzipien, und es bedarf äußerer (nicht in der Planung liegender) gesellschaftlicher Triebkräfte, um etwas vorantreiben zu können. In diesem Sinne ist Planung neutral. Im Realsozialismus rückte sie in eine anscheinend regulierende Position, weil der Staat in ihr weitgehend seine „wirtschaftlich-organisatorische Funktion“ realisierte, die aber gerade deshalb nicht zur Herausbildung alternativer Entwicklungstriebkräfte führte. Planung entwickelte sich in Richtung von „Verwaltung“ und zwar zunehmend von Notlagen ausgehend. Engels kann dafür nicht als Ideengeber herangezogen werden, denn er sah Planung nur utopisch als Gegengewicht zu gesellschaftlicher Anarchie. Unter welchen Bedingungen und in welchen Zusammenhängen eine gesamtgesellschaftliche Planung möglich wäre und wie sie wirkt, konnte er nicht voraussehen.

Planung gehört im Zuge der Vergesellschaftung letztlich zum Markt, indem sie ihn partiell ersetzt, wo dieser seine Grundlagen verliert. Planung ist nicht an ein bestimmtes Ziel gebunden. Planung steht nicht im Widerspruch zum Markt (denn „blindes“ Wirken der Marktkräfte resultiert aus Gewinnstreben), und sie schafft aus sich heraus keine Alternativen zum Gewinnstreben. Damit kann Planung auch allgemein gleichheitliche und freiheitliche Selbstorganisation nicht ersetzen.

Behrens' Vorstellungen von „sozialistischer Warenproduktion“ beziehen sich, wie bereits dargelegt, auf Warenbeziehungen außerhalb des Staatssozialismus, überschreiten diesen. Dennoch verfiel sich Behrens hinsichtlich der Warenbeziehungen in mancherlei „Fallstricken“. Ein entscheidender Grund ist, dass er in der „pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft“ die „Wertverhältnisse“ (zwecks Messung usw.) fortbestehen sah, die Warenbeziehungen aber als abge-

58 Ebenda, S.264.

59 Siehe u. a. Engels' Ausführungen über die Verwandlung der Arbeit „aus einer Last [in] eine Lust“, in: ebenda, S.274.

storben definierte, besser: dekretierte. Behrens ersetzte sie faktisch durch den Plan.

Die Produzentenselbstverwaltung als Behrenssche Vision blieb deshalb Stückwerk, bezogen auf allgemeine Gleichheitlichkeit und allgemeine Freiheitlichkeit. Behrens fehlte deshalb das Verständnis für Bahros Forderung nach Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen vorwiegend körperlicher und vorwiegend geistiger Arbeit. Offen blieb, wie die Reproduktion der Gattung gesellschaftlich organisiert wird, wenn ihre Reproduktionskosten nicht mehr Bestandteil des Wertes der Ware Arbeitskraft sind; ob und wie die Produktion umorientiert wird – bei Behrens bleiben ja offensichtlich alle unmittelbaren Lebensbereiche grundsätzlich der Notwendigkeit und damit der Produktion untergeordnet. In Behrens' Konzept fehlte ein organisch aus der pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft hervorgebrachtes neues Ziel der Reproduktion des Lebens, sein „Kompromiss“ zwischen individueller Freiheit und Einsicht in die Notwendigkeit blieb in der Endkonsequenz im bürgerlichen Rahmen. Letztlich geht auch die Forderung nach Demokratisierung von Produktion und Verteilung bei Behrens nicht in die nach allgemeiner Gleichstellung über, er hielt diese für unmöglich. Behrens' „sozialistische Warenproduktion“ entbehrt somit eines sozialistischen Ziels.

6. Zur aktuellen Bedeutung von Behrens' Ideen

Was ist aus Behrens' Vorstellungen zur „sozialistischen Warenproduktion“ für das Herangehen an aktuelle Probleme abzuleiten?

Zunächst gehört die Problematik der Warenbeziehungen zu den aktuellen Herausforderungen. Zwar scheinen sich die Fragen auf den ersten Blick grundlegend zu unterscheiden: Im Staatssozialismus ging es vor allem darum, den fortbestehenden Grundlagen für Warenbeziehungen gerecht zu werden, während heute, im Gefolge einer tendenziell totalen Kommerzialisierung der Lebenstätigkeiten und ihrer Ergebnisse, eher vor lebenszerstörenden Warenbeziehungen zu warnen ist. Während der Staat im Staatssozialismus danach trachtete, die grundlegenden Funktionen von Warenbeziehungen zu übernehmen, greift der heutige Staat – im Verein und in Arbeitsteilung mit der Politik des Neoliberalismus – ein, weil sich die Warenbeziehungen immer mehr zu verselbstständigen drohen und wegen der dynamischen Zunahme „fiktiver Waren“ die Reproduktion des Lebens mit immer mehr Konflikten (in Bildung, Gesundheitswesen usw.) belasten. Der Staat greift zwar von altersher in die Wirtschaft ein, um interessengeleitet bestimmte Bereiche zu fördern, andere auch zu behindern, aber er kann aus sich heraus keine nachhaltige Bewertung und keine Strukturen kreieren. Dazu verfügt er als primär politisches, administratives Organ weder über Kriterien noch über adäquate Entscheidungsstrukturen. Dieses Defizit wird bekanntlich in der Regel durch Entscheidungen zugunsten bestimmter Interessengruppen gefüllt und birgt immer die Gefahr von diktatorischen Maßnahmen in sich. Die Gefahr ist desto größer, je umfangreicher die nicht-funktionierenden Warenbeziehungen sind.

John Kenneth Galbraith hat als einer der Ersten bereits in den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts auf die existenziellen Gefahren aufmerksam gemacht, die sowohl von einer unkontrollierten freien Marktwirtschaft, als auch von einem – sich inzwischen in den USA herausgebildeten – „Industriesystem“ und seiner Verschmelzung mit dem Staat ausgehen.⁶⁰ Die Trennlinie zwischen privaten und staatlichen Bereichen sei gerade bei militärischen Programmen, bei der Raumforschung und der Nutzung der Atomenergie so undeutlich geworden, dass man sie kaum noch erkennen könne. Sie werde oft und unauffällig überschritten und werde mit der Zeit verschwinden. Galbraith sprach sogar von einer „Verstaatlichung“ des ausgereiften Betriebes.⁶¹

Die Aufgaben einer Entstaatlichung zugunsten von gleichheitlicher und freiheitlicher Selbstorganisation stehen in gewisser Weise also heute ähnlich wie im Staatssozialismus, was die Beschäftigung mit Behrens' Vorstellungen hochaktuell macht.

Behrens zeigte, dass eine Umwandlung von Warenbeziehungen generell nicht als isolierter Schritt wirken kann. Sie muss Veränderungen im gesamten Reproduktionsprozess beinhalten. Behrens' Inkonsequenz führt uns aber auch vor Augen, wie gründlich und allumfassend dabei auch die Reproduktion der Gattung einschließlich patriarchalischer Verhältnisse bedacht sein muss.

Die Beschäftigung mit den Vorstellungen von Behrens zeigt, dass sich in der theoretischen Auswertung die Erfahrungen des Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts sehr wohl auf generelle Fragen zurückführen lassen, die auch in den westlichen Industrieländern noch nicht gelöst sind. Auf solche „Denkansätze für eine alternative Ökonomie“ bei Behrens und Benary verweist neben Krause vor allem Hans-Georg Draheim.⁶²

Das Erbe emanzipatorisch orientierten, dissidentischen Gedankenguts innerhalb des Staatssozialismus anzunehmen, wozu auch die Vorstellungen von Behrens gehören, ist insbesondere für linke Bewegungen wichtig.

Es anzutreten setzt allerdings voraus, dass die Erfahrungen des Staatssozialismus nicht auf bestimmte „Vorzüge“ und verbesserungswürdige „Mängel“ reduziert werden.

Bedenkenswert ist auch Behrens' Ablehnung jeglichen Geschichtsdeterminismus. Behrens ging von einer immer offenen Zukunft aus, er sah auch Sozialismus lediglich als eine Möglichkeit, nicht als historische Notwendigkeit im Sinne einer gesetzmäßigen Abfolge an. Damit leistete er durchaus einen methodologischen Beitrag zum allgemeinen Verständnis von Utopien. Die konkrete Utopie war bei Behrens Mittel zum Zweck, kein Selbstzweck. Er „griff den Blochschen Utopie-

60 Siehe John Kenneth Galbraith: Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968 (Original: 1967), S.270.

61 Siehe ebenda, S.432-435.

62 Hans-Georg Draheim: Peter Carl Caldwell über die ökonomischen Auffassungen von Fritz Behrens und Arne Benary, in: ders./Emmrich/Janke, Ökonomie, S.135-141, hier S.141.

begriff auf, eignete sich dessen – umstrittene – Weite an, verlich ihm aber letztlich einen anderen Sinn“, wie Ernst Wurl es formulierte.⁶³ So ist es, ungeachtet aller Unzulänglichkeiten seines Konzepts, auch Behrens’ Verdienst, wenn Ernst Blochs „konkrete Utopie“, befreit von Eschatologie und von einer Reihe schematischer Anwendungen Marxscher Vorstellungen, uns dazu verhilft, aus der Vergangenheit heraus Gegenwart zu verstehen und Herausforderungen für die Zukunft zu erkennen.

Behrens’ Kritik am Realsozialismus als „Nicht-Sozialismus“ nahm dessen Implosion vorweg; er sprach von fehlender Zukunftsfähigkeit des Realsozialismus. Seine Sozialismusanalyse schloss eine Lücke in der linken Kritik am Staatssozialismus, denn sie stellte die Probleme einer sozialistischen Ökonomie in den Mittelpunkt. Zunächst einmal sprach er aus, was wohl nicht wenige DDR-WirtschaftswissenschaftlerInnen seinerzeit schon beschäftigte: Es fehlte eine dem Sozialismus adäquate Ökonomie. Behrens sprach von „einer – noch nicht existenten – sozialistischen Ökonomie“.⁶⁴ Gängige Entschuldigungen wie irgendwelche äußeren Erschwernisse oder historischen Bedingungen ließ er nicht gelten, er suchte nach tiefer liegenden Ursachen für das theoretische Defizit und versuchte es zu beheben. Die praktischen Entwicklungsprobleme und Defizite der DDR-Wirtschaft, die er als große Gefahr für eine Ausgestaltung sozial gerechter Verhältnisse ansah, trieben ihn regelrecht an auf der Suche nach Alternativen. Zu Recht wird Behrens heute neben Arne Benary, Gunter Kohlmey und Herbert Wolf und nicht zuletzt Robert Havemann als Vordenker eines demokratischen Sozialismus gewürdigt.

63 Ernst Wurl: Die politische Utopie bei Fritz Behrens, in: Müller/Neuhaus/Tesch, Dogmen, S.123-132; hier S.124f.

64 Behrens, Abschied, S.36.